

Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport



An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Turski
Tel. 05 61/7 87.12 26
Fax 05 61/7 87.21 82
E-Mail: andrea.turski@stadt-kassel.de

Kassel, 20. November 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **6.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport lade ich ein für

**Dienstag, 27. November 2012, 17:00 Uhr,
Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Altenarbeit im Stadtteilzentrum Niederzwehren**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Oktober 2012
Bericht des Magistrats
- 101.17.601 -
- 2. Beirat des Jobcenters stärken**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Axel Selbert
- 101.17.556 -
- 3. Hilfeempfänger nach Altersgrenze**
Anfrage der SPD-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Barbara Bogdon
- 101.17.665 -
- 4. Sportlerehrung**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Bodo Schild
- 101.17.700 -
- 5. Elektronische Akten (E-Akte) im Jobcenter Stadt Kassel**
Anfrage der Piraten-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Jörg-Peter Bayer
- 101.17.706 -

Mit freundlichen Grüßen

Esther Kalveram
Vorsitzende

Kassel, 14. Dezember 2012

Niederschrift
über die **6. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am Dienstag, 27. November 2012, 17:00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Anja Lipschik, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Donald Strube, 2. stellvertretender Vorsitzender, parteilos
Judith Boczkowski, Mitglied, SPD
Barbara Bogdon, Mitglied, SPD
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD
Monika Sprafke, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD (Vertretung für Esther Kalveram)
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Norbert Hornemann, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Jörg-Peter Bayer, Mitglied, Piraten

Teilnehmer mit beratender Stimme

Altan Tanyeri, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Hajo Schuy, Stadtrat, SPD

Schritfführung

Andrea Turski, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Detlef Ruchhöft, Sozialamt Stadt Kassel
Manfred Aul, Seniorenbeirat Stadt Kassel
Angelika Trilling, Sozialamt, Referat für Altenhilfe
Barbara Koblitz, Diakonisches Werk Kassel
Gerd Bechtel, Diakonisches Werk Kassel
Christof Dahl, Diakonisches Werk Kassel

Tagesordnung:

- | | | |
|----|--|------------|
| 1. | Altenarbeit im Stadtteilzentrum Niederzwehren | 101.17.601 |
| 2. | Beirat des Jobcenters stärken | 101.17.556 |
| 3. | Hilfeempfänger nach Altersgrenze | 101.17.665 |
| 4. | Sportlerehrung | 101.17.700 |
| 5. | Elektronische Akten (E-Akte) im Jobcenter Stadt Kassel | 101.17.706 |

1. stellvertretende Vorsitzende Lipschik eröffnet die mit der Einladung vom 20.11.2012 ordnungsgemäß einberufene 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Dr. Schnell, SPD-Fraktion, beantragt Tagesordnungspunkt

2. **Beirat des Jobcenters stärken**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.556 -

heute abzusetzen und ihn in der nächsten Sitzung gemeinsam mit dem als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Einbindung von Stadtverordneten in den Beirat des Jobcenters, 101.17.715, zu behandeln.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung : --

Enthaltung : --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion, Tagesordnungspunkt 2 - Beirat des Jobcenters stärken - heute abzusetzen, wird **zugestimmt**.

Die so geänderte Tagesordnung wird von 1. stellvertretenden Vorsitzenden Lipschik festgestellt.

1. **Altenarbeit im Stadtteilzentrum Niederzwehren**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Oktober 2012
Bericht des Magistrats
- 101.17.601 -

Beschluss

Der Magistrat wird beauftragt, die neue Konzeption zur Seniorenarbeit im Stadtteil Niederzwehren in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen.

Der Bericht wird von Herrn Christof Dahl, Diakonisches Werk Kassel - Fachkoordination Älterwerden Niederzwehren, und Herrn Gerd Bechtel, Geschäftsführer Diakonisches Werk Kassel, anhand einer Power-Point-Präsentation gegeben. In der sich anschließenden Aussprache beantworten die Herren Dahl und Bechtel die Fragen der Ausschussmitglieder

Der Bericht des Diakonischen Werks Kassel wird zur Kenntnis genommen.

2. **Beirat des Jobcenters stärken**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.556 -

Abgesetzt.

3. Hilfeempfänger nach Altersgrenze

Anfrage der SPD-Fraktion

- 101.17.665 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Wie hoch ist die Anzahl der Hilfeempfänger/innen, die nach Erreichen der Altersgrenze direkt vom ALG II-Bezug in den Bereich der Grundsicherung wechseln?

Wie viele neue Anträge auf bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter wurden in diesem Jahr gestellt?

Stadtrat Schuy beantwortet gemeinsam mit Herrn Ruchhöft, Leiter des Sozialamtes, die Anfrage. Die schriftliche Antwort wird der Niederschrift beigelegt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Schuy und Herrn Ruchhöft, Leiter des Sozialamtes, erklärt 1. stellvertretende Vorsitzende Lipschik die Anfrage für erledigt.

4. Sportlerehrung

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.700 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

In welchem Rahmen soll im Jahr 2013 und in den folgenden Jahren die Ehrung der erfolgreichen Kasseler Sportler stattfinden?

Stadtrat Schuy beantwortet die Anfrage wie folgt: Zurzeit befindet sich eine Veranstaltung in Planung, die die zu Ehrenden in den Mittelpunkt stellen soll. Es ist vorgesehen, diese Veranstaltung 2013 in der Sporthalle Auepark während der Festwoche zur 1.100-Jahrfeier durchzuführen. Bezüglich der Kostenfrage sagt Stadtrat Schuy zu, diese schriftlich nachzureichen.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Schuy erklärt 1. stellvertretende Vorsitzende Lipschik die Anfrage für erledigt.

5. Elektronische Akten (E-Akte) im Jobcenter Stadt Kassel

Anfrage der Piraten-Fraktion

- 101.17.706 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Plant das Jobcenter Stadt Kassel die Umstellung der "Kundenakten" von Papierform auf eine digitalisierte E-Akte oder ist dies bereits geschehen?
2. Falls eine Umstellung geplant ist, wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?

3. Sofern eine Umstellung noch nicht erfolgt ist: Werden bereits Kundenakten eingescannt?
4. Sieht der Magistrat datenschutztechnische Bedenken bei einer Umstellung auf E-Akten?
5. Welche Daten sollen ggf. in einer E-Akte aufgenommen werden und welche nicht
 - 5.1 Gilt das auch für Kontoauszüge?
 - 5.2 Was geschieht mit den schon jetzt kopierten und vorliegenden Unterlagen (z.B. Kontoauszüge) der hilfsbedürftigen Bürger? Werden diese in die E-Akte eingelese?
 - 5.3 Wer alles hat Zugang zu den E-Akten (z.B. Abteilungen, Personengruppen)?
 - 5.4 Nach welchen Kriterien soll dieser Prozess laufen und wer legt diese fest?
6. Gibt es eine demokratische Kontrolle bei der Umsetzung der E-Akte vor Ort? Wenn nein, wie soll diese erfolgen?
7. Welche Verknüpfung mit den Daten anderer Behörden, Jugendamt, Gesundheitsamt etc. sind beabsichtigt? Wenn ja, welche sind das?
 - 7.1 Wie läuft der Datenaustausch zwischen dem privaten Jobcenter (GmbH) mit anderen Behörden der Stadt zur Zeit. Was wird wann ausgetauscht, welche Behörden haben Zugriff bzw. was wird verknüpft (Profile).
8. Welche Auswertungen der E-Akte sind geplant (Abfragemuster, Verknüpfungen)?
 - 8.1 Welche sind öffentlich und welche nur intern?
 - 8.2 Welchen Einfluss hat das Stadtparlament auf diese Datenbankabfragen? (Demokratische Kontrolle?)
9. Wer überwacht mit welchen Mitteln die Einhaltung des Datenschutzes beim JOBCENTER?
 - 9.1 Warum gibt es keinen Datenschutzbeauftragten beim Jobcenter?
10. Haben HartzIV-Empfänger überhaupt Anspruch auf Datenschutz wenn sie Förderung/Subventionierung beantragen? Wenn ja, worin besteht dieser?
 - 10.1 Wo liegen seine Einschränkungen (aus Jobcentersicht) im Vergleich mit dem anderen Bürgern?
 - 10.2 Wie werden diese Einschränkungen im Einzelnen begründet?
11. Müssen andere Rechtssubjekte (Unternehmen, Sozialkonzerne) ebenfalls alle ihre Konten, Geschäftsbeziehungen und Einnahmen offenlegen, wenn sie öffentliche Mittel (Subventionen, EU-Mittel etc.) beantragen? Wenn nein, warum gilt hier keine Gleichbehandlung?
 - 11.1 Werden die Daten bzw. Akten der subventionierten Unternehmen ebenfalls eingescannt?
12. Wer sichert und überwacht den Transport und die Vernichtung der Papier-Akten?
 - 12.1 Warum werden die Akten nicht den Betroffenen ausgehändigt?
 - 12.2 Was passiert mit den Papier-Akten nach ihrer Digitalisierung?
 - 12.3 Wo und wie können die Betroffenen ihre E-Akte einsehen und/oder kopieren? (Informationelle Selbstbestimmung)

Herr Ruchhöft, Leiter des Sozialamtes, erklärt, dass das Jobcenter zurzeit nicht auf die sogenannte digitalisierte E-Akte umstellt. Somit erübrigt sich die Beantwortung der Fragen 2 bis 12. Er gibt außerdem den Hinweis, dass die Entscheidung über die Einführung der E-Akte der Bundesagentur für Arbeit obliegt.

**Nach Beantwortung durch Herrn Ruchhöft, Leiter des Sozialamtes, erklärt
1. stellvertretende Vorsitzende Lipschik die Anfrage für erledigt.**

Ende der Sitzung: 18:05 Uhr

Anja Lipschik
1. stellvertretende Vorsitzende

Andrea Turski
Schriftführerin



Fachkoordination Älterwerden in Niederzwehren

Ziel ist die Gestaltung des demografischen Wandels durch

- Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement und Nachbarschafts- sowie Selbsthilfe im Alter
- Förderung von und Befähigung zu sozialer Integration und kultureller Teilhabe im Alter
- Erschließung bzw. Förderung von Unterstützungsmöglichkeiten zum Erhalt von Gesundheit, Wohlbefinden und Eigenverantwortung und
- Anregung von Wohn- und Hilfsangeboten, die den Verbleib älterer Menschen im vertrauten Umfeld ermöglichen

Fachkoordination Älterwerden in Niederrhoden FÄN

Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen umfasst folgende Schritte:

- Ermittlung der vorhandenen einschlägigen Angebote im Stadtteil;
- Analyse der bestehenden Aktivierungs- und Unterstützungsstrukturen hinsichtlich ihrer Bedarfsgerechtigkeit und ihrer Potentiale zur Weiterentwicklung;



Fachkoordination Älterwerden in Niederrzwehren FÄN

- Durchführung kleinräumiger und beteiligungsorientierter Verfahren zur Ermittlung von erforderlichen Veränderungen;
- Umsetzung der als erforderlich gesehenen Maßnahmen,
- Mitwirkung bei der Erschließung von zusätzlichen Finanzierungsmitteln,
- kontinuierliche Überprüfung der erfolgten Schritte auf ihre Wirksamkeit.

Fachkoordination Älterwerden in Niederzwehren

Der Einstieg:

- Demografische Bestandsaufnahme
- Erstgespräche mit Akteuren des Stadtteils und Diensten der Altenhilfe im Stadtgebiet
- Erste Gespräche mit Älteren individuell und in Gruppen
- Atmosphärische Feldstudien

Fachkoordination Älterwerden in Niederzwehren

Einrichtung der Lenkungsgruppe mit Vertretern von

- Sozialamt
- Ortsbeirat
- Seniorenbeirat
- Diakonisches Werk
- AWO
- Caritas
- AG Vereintes Zwehren
- Elisabeth-Selbert-Haus
- Evangelische Kirche
- Katholische Kirche

Fachkoordination Älterwerden in Niederrzwehren

Die nächsten Schritte

- Bezug des Stadtteilbüros in der Frankfurter Straße 300
- Einrichtung eines Sprechtages
- Fertigstellung Kataster öffentliche Räume in NDZ
- Zusammenstellung von Angeboten für Ältere im Stadtteil
- Fortsetzung Sondierungsgespräche mit Schlüsselpersonen und SeniorenvertreterInnen

Fachkoordination Älterwerden in Niederzwehren

Ausblick erste Jahreshälfte 2013

- Konzept Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, WebSite)
- Kleinräumige Sozialraumanalyse, Infrastruktur der einzelnen Quartiere
- Erste Zukunftskonferenz

Fachkoordination Älterwerden in Niederzwehren

Ausblick

Periodische Vorhaben

- Durchführung von Zukunftskonferenzen einmal jährlich
- Vierteljährlich Sitzungen der Lenkungsgruppe
- Auswertung von Expertengesprächen
- Definition, Konzeption und Umsetzung von Teilprojekten



Fachkoordination Älterwerden in Niederzwehren

Vielen Dank

Vorlage Nr. 101.17.556

Kassel, 13. August 2012

Beirat des Jobcenters stärken

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Zusammensetzung des Jobcenterbeirates wird um 2 VertreterInnen der Erwerbslosen(Initiativen) erweitert.
Diese erhalten Initiativ- und Vorschlagsrecht im Beirat.
2. Zur Verbesserung der Transparenz wird ein lokales Internetportal des Beirates eingerichtet, welches allen Interessierten die Arbeit, Zusammensetzung und Entscheidungen des Beirates öffentlich zugänglich macht.
Dieses ist auch per Link über die Internetseite des Jobcenters zu erreichen.
3. Die Sitzungen des Beirates sind in Zukunft öffentlich, die Sitzungsprotokolle werden online veröffentlicht.
4. Einmal im Jahr erfolgt eine mündliche und schriftliche Vorstellung der Arbeit des Beirates im Sozialausschuss.

Begründung:

Laut den Antworten auf eine Anfrage der Kasseler Linken im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport betreibt der Beirat des Jobcenters keine eigene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, was sich durch mangelnde Transparenz auswirkt.

Weder sind Protokolle einzusehen, noch sind Informationen zur Arbeit des Beirates für Interessierte zugänglich.

Durch die fehlende Einbindung der Erwerbslosen als ExpertInnen fehlt außerdem jegliche Mitsprachemöglichkeit der direkt „Betroffenen“.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

STADT  KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1284 / 1285
E-Mail buero@spd-fraktion-kassel.de

Kassel, 16. Oktober 2012

Vorlage Nr. 101.17.665

Hilfempfänger nach Altersgrenze

Geänderte Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

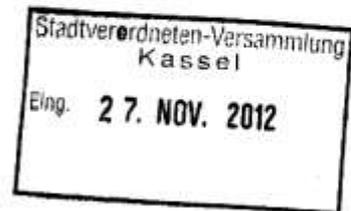
Wie hoch ist die Anzahl der Hilfeempfänger/innen, die nach Erreichen der Altersgrenze direkt vom ALG II-Bezug in den Bereich der Grundsicherung wechseln?

Wie viele neue Anträge auf bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter wurden in diesem Jahr gestellt?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Barbara Bogdon

gez. Christian Geselle
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Geänderte Anfrage der SPD Fraktion vom 6. November 2012
Vorlage Nr. 101.17.665
Hilfeempfänger nach Altersgrenze



Die geänderte Anfrage beantworten wir wie folgt:

1. Frage:

Wie hoch ist die Anzahl der Hilfeempfänger/innen, die nach Erreichen der Altersgrenze direkt vom ALG II-Bezug in den Bereich der Grundsicherung wechseln?

Antwort:

Folgende Fälle wechselten aus dem ALG II in die Grundsicherung:

2010	119 Fälle
2011	121 Fälle
2012	112 Fälle (bis 5. Oktober 2012)

2. Frage:

Wie viele neue Anträge auf bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter wurden in diesem Jahr gestellt?

Antwort:

431 Anträge auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

davon

122	vom Jobcenter wegen Erreichen der Altersgrenze
87	vom Jobcenter wegen voller Erwerbsminderung unter 65 Jahren
105	vom Sozialamt mit vorherigen Leistungsansprüchen nach dem 3. Kapitel SGB XII
117	ohne vorherigen Transferleistungsbezug

Dr. Barthel
Stadtkämmerer

Vorlage Nr. 101.17.700

Sportlerehrung

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

In welchem Rahmen soll im Jahr 2013 und in den folgenden Jahren die Ehrung der erfolgreichen Kasseler Sportler stattfinden?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Bodo Schild

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

- 16 - über - I -

Büro des
Oberbürgermeisters
Eing.: 18. DEZ. 2012

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 20. DEZ. 2012

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport am 27.11.2012
Nachfrage: „Welche Kosten entstehen für eine Sportlerehrung in der Aueparkhalle?“

geändert

Nachstehend aufgeführt die Kosten für eine Sportlerehrung in der Aueparkhalle:

Ausgaben	
Druck Einladungskarte,	1.760,00 €
Rückmeldung,	
Programmheft,	
Pressemappe	
Licht- und Tontechnik	1.500,00 €
Ausschmückung	850,00 €
Programm	1.000,00 €
Plakette, Anstecknadel,	3.104,86 €
Urkunde	
Präsent Schüler,	2.990,00 €
Jgd. Sportler	
GebärdendolmetscherIn	160,60 €
Sicherheitspersonal	200,00 €
San.-Dienst	180,00 €
Gema	791,35 €
	12.536,81 €


Jürgen Kaiser

Vorlage Nr. 101.17.706

Elektronische Akten (E-Akte) im Jobcenter Stadt Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Plant das Jobcenter Stadt Kassel die Umstellung der "Kundenakten" von Papierform auf eine digitalisierte E-Akte oder ist dies bereits geschehen?
2. Falls eine Umstellung geplant ist, wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?
3. Sofern eine Umstellung noch nicht erfolgt ist: Werden bereits Kundenakten eingescannt?
4. Sieht der Magistrat datenschutztechnische Bedenken bei einer Umstellung auf E-Akten?
5. Welche Daten sollen ggf. in einer E-Akte aufgenommen werden und welche nicht
 - 5.1 Gilt das auch für Kontoauszüge?
 - 5.2 Was geschieht mit den schon jetzt kopierten und vorliegenden Unterlagen (z.B. Kontoauszüge) der hilfsbedürftigen Bürger? Werden diese in die E-Akte eingelezen?
 - 5.3 Wer alles hat Zugang zu den E-Akten (z.B. Abteilungen, Personengruppen)?
 - 5.4 Nach welchen Kriterien soll dieser Prozess laufen und wer legt diese fest?
6. Gibt es eine demokratische Kontrolle bei der Umsetzung der E-Akte vor Ort?
Wenn nein, wie soll diese erfolgen?
7. Welche Verknüpfung mit den Daten anderer Behörden, Jugendamt, Gesundheitsamt etc. sind beabsichtigt?
Wenn ja, welche sind das?
 - 7.1 Wie läuft der Datenaustausch zwischen dem privaten Jobcenter (GmbH) mit anderen Behörden der Stadt zur Zeit. Was wird wann ausgetauscht, welche Behörden haben Zugriff bzw. was wird verknüpft (Profile).
8. Welche Auswertungen der E-Akte sind geplant (Abfragemuster, Verknüpfungen)?
 - 8.1 Welche sind öffentlich und welche nur intern?
 - 8.2 Welchen Einfluss hat das Stadtparlament auf diese Datenbankabfragen?
(Demokratische Kontrolle?)
9. Wer überwacht mit welchen Mitteln die Einhaltung des Datenschutzes beim JOBCENTER?
 - 9.1 Warum gibt es keinen Datenschutzbeauftragten beim Jobcenter?
10. Haben HartzIV-Empfänger überhaupt Anspruch auf Datenschutz wenn sie Förderung/Subventionierung beantragen? Wenn ja, worin besteht dieser?
 - 10.1 Wo liegen seine Einschränkungen (aus Jobcentersicht) im Vergleich mit dem anderen Bürgern?
 - 10.2 Wie werden diese Einschränkungen im Einzelnen begründet?
11. Müssen andere Rechtssubjekte (Unternehmen, Sozialkonzerne) ebenfalls alle ihre Konten, Geschäftsbeziehungen und Einnahmen offenlegen, wenn sie öffentliche Mittel (Subventionen, EU-Mittel etc.) beantragen? Wenn nein, warum gilt hier keine Gleichbehandlung?
 - 11.1 Werden die Daten bzw. Akten der subventionierten Unternehmen ebenfalls eingescannt?

12. Wer sichert und überwacht den Transport und die Vernichtung der Papier-Akten?
12.1 Warum werden die Akten nicht den Betroffenen ausgehändigt?
12.2 Was passiert mit den Papier-Akten nach ihrer Digitalisierung?
12.3 Wo und wie können die Betroffenen ihre E-Akte einsehen und/oder kopieren?
(Informationelle Selbstbestimmung)

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Jörg-Peter Bayer

Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender